



Dr. Martin Pabst ist selbständiger Politikwissenschaftler in München mit Schwerpunkt Sub-Sahara-Afrika. Vor kurzem ist in der Beck'schen Reihe „Länder“ (C.H. Beck Vlg.) sein Buch *Südafrika* in Neuauflage erschienen.



Dr. Klaus Freiherr von der Ropp ist der frühere Leiter des Bonner Büros der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), jetzt Betreiber des Büros African Consulting, Potsdam.

RISSE IM ANKER. SUBSAHARA-AFRIKA BRAUCHT EIN STARKES SÜDAFRIKA

Martin Pabst / Klaus Freiherr von der Ropp

Subsahara-Afrika hat sich nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes zum Krisenschwerpunkt entwickelt. In Ruanda kam es zum Genozid, die Kriege im Kongo und Sudan, in Liberia, Sierra Leone und Uganda forderten viele Millionen Todesopfer. 56 110 von 77 804 weltweit eingesetzten Blauhelmen waren zum Jahresanfang 2009 in sechs VN-Missionen in Subsahara-Afrika stationiert. 35 von 65 Sicherheitsratsresolutionen widmeten sich 2008 dortigen Konflikten.

Der Anteil Subsahara-Afrikas (ohne Südafrika) am Welthandel ging von 3,1 Prozent (1950) über 2,4 Prozent (1980) auf 0,85 Prozent (1999) zurück.¹ Das BIP-Wachstum brach im Zeitraum von 1975 bis 1985 ein, stagnierte von 1985 bis 1995 und zog danach allmählich an, mit Zuwachsraten von über fünf Prozent in den Jahren 2004 bis 2007. Verantwortlich sind freilich in erster Linie Rohstoffexporteure, die vorübergehend von einer hohen Nachfrage profitierten, nun aber unter dem weltweiten Preisverfall leiden. Nur wenige Staaten wie Botswana, Mauritius und Südafrika konnten ihre Wirtschaft im zukunftssträchtigen Bereich der verarbeitenden Industrie und der Dienstleistungen signifikant ausweiten. Bis heute zieht Subsahara-Afrika zu wenige ausländische Investi-

1 | Zahlengrundlagen: R. Qualmann/J. Wiemann: *E+Z – Entwicklung und Zusammenarbeit (2001) Nr. 9*, S. 252-256; The World Bank: *Africa Development Indicators 2007*; UNDP *Human Development Report 2007/08*; UNAIDS: *2007 AIDS epidemic update*, 19.11.2007.

tionen an, und wenn, so erfolgen sie in erster Linie im Rohstoffsektor. Denn Geschäftskosten und Risiken sind vergleichsweise hoch, die Produktivität niedrig, Verwaltung und Infrastruktur häufig mangelhaft. Gegenwärtig trifft die internationale Wirtschaftskrise Entwicklungsländer durch Kapitalabzug und Risikoscheu besonders hart.

Die Lebensverhältnisse sind vielerorts miserabel. Über 40 Prozent der Menschen leben von weniger als einem US-Dollar pro Tag. Im Jahr 2004 waren 45 Prozent ohne Trinkwasseranschluss und 63 Prozent ohne befriedigende sanitäre Anlagen. Die Lebenserwartung bei Geburt betrug 2005 mager 49,6 Jahre. 68 Prozent aller HIV-Infizierten weltweit entfielen 2007 auf Subsahara-Afrika (22,5 Millionen Menschen). Aids ist hier häufigste Todesursache; die Zahl der Aids-Waisen hat 11,4 Millionen erreicht. Nur einige wenige der 48 Staaten in Subsahara-Afrika dürften 2015 die Millennium-Entwicklungsziele erreichen. 34 von 50 Least Developed Countries (LDC) befanden sich 2008 in Subsahara-Afrika, und die unterste Gruppe (Ränge 156–177) im UNDP Human Development Index 2007/08 besetzten ausschließlich Staaten aus dieser Großregion. In die obersten 70 Ränge schafften es lediglich die Inselstaaten Mauritius und Seychellen.

Bürgerkriege, ungenügende Wirtschaftsentwicklung und miserable Lebensverhältnisse bedingen sich gegenseitig und münden vielerorts in einen Teufelskreis aus Armut, Unterentwicklung und Krieg.

HOFFNUNG AUF „ANKERSTAATEN“

Wie kann der „afrikanischen Misere“ entgegengearbeitet werden? Die US-Politik stützt sich auf eine Kooperation mit regionalen Organisationen wie auch mit ausgewählten bilateralen Partnern. Gemäß der Nationalen Sicherheitsstrategie von 2002 sind Äthiopien, Kenia, Nigeria und Südafrika „Ankerstaaten“.² Aufgrund ihrer hohen Bevölkerungszahl, ihres Wirtschaftspotenzials, ihres fortgeschrittenen Entwicklungsstands, ihrer militärischen Stärke und ihrer vergleichsweise hohen Stabilität und Funktionalität sollen diese Staaten überregional Entwicklung, Wirtschaftswachstum und Befriedung voranbringen.

Seit dem Ende des Ost-West-Konflikts steckt Subsahara-Afrika in der Krise: Genozide und Kriege prägen das Bild, VN-Blauhelmmissionen und -Sicherheitsresolutionen zeigen nur begrenzt Wirkung. Fehlendes Wirtschaftsengagement und niedrige Produktivität, Verwaltungsdefizite und eine mangelhafte Infrastruktur sind ebenso zu beklagen wie die hohe Zahl der AIDS-Infizierten. Eine Schlüsselfunktion kommt dem „strategischen Ankerland“ Südafrika zu. Doch auch das Land am Kap kennt Schatten. Die Lage der schwarzen Bevölkerung ist zum großen Teil schlecht, Korruption und Inkompetenz lähmen, auch als Folge der *affirmative action*, die Verwaltung. Derweil ist der Herausforderer von Präsident Mbeki, Robert Zuma, zum starken Mann avanciert. Während die einen mit dem Spross aus dem linken ANC-Lager radikale Neuverteilung, gar Anarchie verbinden, erhoffen die andern von Zuma, der Verständnis auch für die vertriebenen weißen Beamten und Farmer sowie für die afrikaanssprachige Minderheit zeigt, jene positiven Signale, derer das Land so dringend bedarf.

2 | The White House: *The National Security Strategy of the United States of America*, Washington, D.C. 2002

Ohne Zweifel kommt Kenia, Nigeria und Südafrika eine regionale und überregionale Führungsrolle zu. Das unterentwickelte Äthiopien kann in Nordostafrika noch keine gleichartige Aufgabe übernehmen, wenngleich es eine politisch-militärische Macht darstellt. Auch stecken dort, wie auch in Zentralafrika, regionale Zusammenschlüsse in den Kinderschuhen.

Das BMZ erhob im Mai 2000 Nigeria und Südafrika in den Status von strategischen „Ankerländern“. Mit Südafrika wurde darüber hinaus eine „bevorzugte Partnerschaft“ vereinbart.³ Die Bedeutung Südafrikas für die regionale Stabilität wurde beim Besuch von Bundeskanzlerin Angela Merkel am Kap im Oktober 2007 ausdrücklich gewürdigt.

Zwei „Anker“ mittlerer Größe sind freilich bereits mit rasanter Geschwindigkeit abgerissen: Simbabwe ab 2000, Côte d'Ivoire ab 2002. Sie besaßen zuvor eine weit entwickelte Infrastruktur, eine diversifizierte Wirtschaft, vergleichsweise hohe Auslandsinvestitionen sowie stabile politische Strukturen, Simbabwe sogar eine passable Mehrparteiendemokratie. Heute stehen sie vor einem Scherbenhaufen.

Mit endemischer Korruption, gefälschten Wahlen, 1133 (Todes)Opfern politischer Gewalt und 300 000 Vertriebenen wurde auch der Mythos vom „stabilen Kenia“ zum Jahreswechsel

Nigeria ist ein Koloss auf tönernen Füßen. Seine 78 500 Mann starke Armee ist in externen Friedensmissionen engagiert, doch kann sie die eskalierende politische und kriminelle Gewalt im marginalisierten Nigerdelta nicht eindämmen.

2007/08 nachhaltig erschüttert. Nigeria ist ein weiterer Koloss auf tönernen Füßen. Seine 78 500 Mann starke Armee ist in externen Friedensmissionen engagiert, doch kann sie die eskalierende politische und kriminelle Gewalt im marginalisierten Nigerdelta nicht eindämmen.

Korruption, Wahlfälschung, administrative Ineffizienz, organisierte Kriminalität, krasse ökonomische Ungleichheit und ethnisch-religiös-soziale Konflikte sind weiterhin an der Tagesordnung.

Damit bleibt Südafrika als wichtigster Hoffnungsträger des Kontinents übrig. Bei sechs Prozent der Bevölkerung bringt es ein Drittel des Bruttoinlandsproduktes südlich der Sahara hervor. Demokratie und Pluralismus sind bis heute unange-

3 | Ulrich Golaszinski: Subsahara-Afrika. *Die Wiederentdeckung eines Kontinents. Kompass 2020. Deutschland in den internationalen Beziehungen. Ziele, Instrumente, Perspektiven*, Berlin 2007, S. 9

fuchten. Doch klaffen auch hier beträchtliche Risse. So fürchtet Princeton Nathan Lyman, Angehöriger des Council on Foreign Relations und früherer US-Botschafter in Nigeria und Südafrika, ein künftiges Vakuum in Subsahara-Afrika: „Es ist ein Dilemma. Wir gehen auf eine Zeit zu, wo es keine kontinentalweite starke Macht mehr geben wird.“⁴

FRAGILE STABILITÄT IN SÜDAFRIKA

Trotz erfreulicher makroökonomischer Daten, trotz (begrenzter) Fortschritte im sozialen Wohnungsbau sowie bei der Versorgung mit Trinkwasser, Strom und Sanitäranlagen, trotz der Herausbildung einer schwarzen Mittel- und Oberschicht hat sich die Lage der schwarzen Unterschicht seit 1994 kaum verbessert. Gemäß GINI-Index hat Südafrika nach Brasilien unter allen Schwellenländern die krassesten Unterschiede in der Einkommensverteilung. Das UNDP klassifizierte 2003 nicht weniger als 46 Prozent (!) der Bevölkerung – 21 Millionen Menschen – als arm. Drastisch, aber zutreffend hat dies der Johannesburger Hochschuldozent Achille Mbembe ausgedrückt: „Aber auch viele junge Schwarze sind voller Zorn. Sie fühlen sich von ihrer eigenen Regierung abgeschrieben und im Stich gelassen. Noch immer bekommen sie nicht einmal ein paar Krumen von dem gefräßigen Festmahl ab, das um sie herum stattfindet [...]“⁵ An anderer Stelle schreibt er: „Die überwältigende Präsenz von Tod und Vergewaltigung besonders im täglichen Leben der schwarzen Bevölkerung akzentuiert dieses Dilemma nur noch.“ Bei Gewaltdelikten liegt die Kaprepublik auf vordersten Plätzen. So bilanziert die Kriminalstatistik von 2007 in Südafrika 19 202 Morde und Totschlagsdelikte, im fast doppelt so stark bevölkerten Deutschland sind es 2 347. Bei Vergewaltigungen kam Südafrika auf 52 617 (angezeigte) Fälle, Deutschland auf 7 511 (Vergewaltigungen und schwere sexuelle Nötigungen).⁶

Bei Gewaltdelikten liegt die Kaprepublik auf vordersten Plätzen. So bilanziert die Kriminalstatistik von 2007 in Südafrika 19 202 Morde und Totschlagsdelikte.

4 | Zit. nach Stephanie Hanson, Leading Africa. „Council on Foreign Relations Backgrounder“, 8.2.2008 (Übersetzung MP). Internet-Dokument: http://www.cfr.org/publication/15432/leading_africa.html (Zugriff 10.3.2009)

5 | Achille Mbembe, Gefahr: *Das Nongqawuse-Syndrom*, in: „der überblick“, Zeitschrift für ökumenische Begegnung und internationale Zusammenarbeit, Hamburg 42 (2006) Nr. 3, S. 60f.

6 | Ermittelt auf Grundlage von Bundeskriminalamt: *Polizeiliche Kriminalstatistik 2007* bzw. South African Police Service, Department of Safety and Security: *Crime Statistics 2007*. Internet-Dokumen-

Südafrika steht heute vor einer Fülle schwerwiegender Probleme: eine strukturelle Arbeitslosigkeit von real über 40 Prozent, eine oft blutrünstige Gewaltkriminalität und, noch verheerender, der Schwund der öffentlichen Verwaltung. Jüngst hinzugekommen sind massive Infrastrukturmängel. Stromausfälle lösten im Januar 2008 einen nationalen Notstand aus und legten die Bergwerke vorübergehend still. Der Versorgungsengpass wird bis ca. 2012 andauern und das bereits durch die internationale Wirtschaftskrise geschädigte Wachstum weiter drosseln. Ähnliche Infrastrukturprobleme deuten sich im Trink- und Abwasserwesen an.

Heute sind mit geringen regionalen Unterschieden Gemeindeverwaltungen, Polizei, Gesundheitswesen und in großen Teilen auch das Bildungswesen, die Einwanderungskontrolle, die Zollverwaltung und das Militär ineffizient und nicht selten korrupt. So bestanden 2008 rund 70 Prozent aller leitenden Angestellten im Innenministerium einen Eignungstest nicht. Sie dürfen aber auch nicht entlassen werden.⁷ Infolge massiver Unregelmäßigkeiten bei den ausstellenden Behörden stoßen südafrikanische Pässe auf zunehmendes internationales Misstrauen; Großbritannien führte deshalb 2009 die Visumpflicht für Südafrikaner ein.⁸ Kürzlich verkündete die Wohnungsbauministerin, dass gegen ca. 30 000 Staatsbeamte wegen Bestechung in Zusammenhang mit dem staatlichen Wohnungsprogramm ermittelt wird.⁹ Eine wichtige Ursache der Fehlentwicklungen ist, dass im öffentlichen Dienst ungleich konsequenter als in der Privatwirtschaft die (fast immer afrikaanssprachigen) Weißen im Zuge der *affirmative action* durch Schwarze ersetzt wurden. Nicht zuletzt aufgrund der Versäumnisse der früheren Apartheid-Politik verfügen diese nur selten über eine entsprechende Ausbildung und Berufserfahrung. Auch sind ungenügend qualifizierte Bewerber

te: http://www.saps.gov.za/statistics/reports/crimestats/2007/crime_stats.htm bzw. <http://www.bka.de/pks/pks2007/index.html> (Zugriff 10.3.2009). Man geht in Südafrika davon aus, dass nur eine von neun Vergewaltigungen bei der Polizei angezeigt wird.

7 | „Ministeriumsangestellte in Südafrika unfähig – aber unkündbar“. *Die Welt*, 24.11.2008.

8 | „UK to impose new visa requirements on SA“. Mail & Guardian Online, Johannesburg 9.2.2009. Internet-Dokument: <http://www.mg.co.za/article/2009-02-09-uk-to-impose-new-visa-requirements-on-sa> (Zugriff 10.3.2009).

9 | „30,000 housing officials face court action“. in: *The Sunday Times*, Johannesburg 15.12.2008. Internet-Dokument: <http://www.the.times.co.za/News/Article.aspx?id=905803> (Zugriff 10.3.2009)

aufgrund persönlicher Beziehungen in Führungspositionen gekommen.

Erst die landesweiten Ausschreitungen verarmter Schwarzer und krimineller Banden gegen afrikanische Zuwanderer beim Gastgeber der Fußballweltmeisterschaft 2010 ließen die Welt aufhorchen. An den Ausländern entlud sich die Wut über die Korruption und Ineffizienz des Staates. Gemäß Polizeiangaben wurden im Mai 2008 binnen drei Wochen mindestens 62 Menschen zu Tode gelyncht und 670 verletzt.¹⁰ Zehntausende Ausländer wurden aus ihren Wohnungen vertrieben. Das Militär musste der völlig überforderten Polizei zu Hilfe kommen. Bergwerke drosselten ihre Produktion wegen geflohener oder aus Angst zu Hause gebliebener Arbeiter. Das Vertrauen internationaler Investoren wurde erheblich erschüttert.

An den Ausländern entlud sich die Wut über die Korruption und Ineffizienz des Staates.

UMBRUCH 2009: CHANCEN UND RISIKEN

Südafrika kann einer Implosion nur entgehen, wenn es zu einer geordneten öffentlichen Verwaltung zurückkehrt. Der sich gegenwärtig vollziehende politische Elitenwechsel birgt Risiken, eröffnet aber auch Chancen für nachhaltige Reformen.

Der mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit regierende Afrikanische Nationalkongress (ANC) ist seit einigen Jahren von heftigen personellen und inhaltlichen Streitigkeiten gekennzeichnet. Staatspräsident Thabo Mbeki entließ 2005 seinen Rivalen Jacob Zuma aus dem Amt des Stellvertretenden Staatspräsidenten. Doch wurde Zuma im Dezember 2007 zum ANC-Präsidenten gewählt. Erstmals standen sich zwei Lager und zwei Kandidaten unversöhnlich gegenüber. Mbeki ist bis in die Kreise der G8 wegen seiner disziplinierten makroökonomischen Politik geschätzt. Doch haben sich manche seiner Ansätze wie die forcierte *affirmative action* oder seine Simbabwe- und Aids-Politik als kontraproduktiv erwiesen. Mbeki war bemüht, als internationaler Staatsmann in die Geschichte einzugehen. Von den Sorgen und Nöten seiner schwarzen

10 | „Toll from xenophobic attacks rises“. Mail & Guardian Online, Johannesburg 31.5.2008. Internet-Dokument: <http://www.mg.co.za/article/2008-05-31-toll-from-xenophobic-attacks-rises> (Zugriff 10.3.2009)

Landsleute entfernte er sich immer mehr. Zuma, ein tief in seiner Zulu-Identität verwurzelter Traditionalist, wurde von einer amorphen Koalition aus unzufriedener Basis, militanten Gruppen (ANC-Jugend- und -Frauenliga) und linken Partnern der ANC-Allianz (Gewerkschaftsbund COSATU, Kommunistische Partei SACP) unterstützt. Alle Wahlgänge für Führungspositionen und Leitungsgremien endeten mit einem Triumph des charismatischen Zuma und seiner Mitstreiter. Welcher

Im September 2008 war das Zuma-Lager so stark geworden, dass Mbeki zum Rücktritt gezwungen wurde.

Flügel künftig dominieren wird, ist noch völlig offen. Im September 2008 war das Zuma-Lager so stark geworden, dass Mbeki zum Rücktritt gezwungen wurde. Da Zuma ohne Parlamentsmandat noch nicht für das Staatspräsidentenamt wählbar war, stellte sich übergangsweise bis zu den Parlamentswahlen im April 2009 sein Mitstreiter Kgalema Motlanthe als Staatspräsident zur Verfügung.

Mbeki-Anhänger unter Führung des früheren Verteidigungsministers Mosiuoa Lekota und des zurückgetretenen Gauteng-Premierministers Mbhazima Shilowa gründeten im Dezember 2008 die neue Partei Congress of the People (COPE). In einigen Provinzen wie dem West- und Nordkap konnte sie Unterstützung bei Kommunal- und Nachwahlen nachweisen. Möglicherweise wird die neue Konkurrenz der ANC-Allianz bei den anstehenden Parlamentswahlen die Zwei-Drittel-Mehrheit kosten. Doch dürfte COPE mit ihrem eher mittelstandsorientierten Programm zu keiner Massenpartei werden. Das Bekenntnis zu einem ausgeweiteten staatlichen Arbeitsprogramm und der Feldzug gegen Korruption und Kriminalität sind populär, doch tragen COPE-Führer als frühere Regierungsmitglieder Mitverantwortung für Fehlentwicklungen. Die fortdauernde Dominanz der ANC-Allianz wird die Neugründung kurz- und mittelfristig wohl auch dann nicht in Frage stellen können, wenn sie sich mit anderen Oppositionsparteien wie der Democratic Alliance (DA) zusammenschließen sollte.

Jacob Zuma ist zweifellos eine schillernde Figur. Sein Finanzberater wurde wegen erwiesener Korruption zu einer 15-jährigen Haftstrafe verurteilt, gegen ihn selbst wurde Anklage wegen desselben Sachverhalts erhoben. Der Korruptionssumpf des 1999 unterzeichneten Waffenbeschaffungsprogramms wurde bereits einigen ANC-Funktionären zum Verhängnis. Bis heute dauert die Aufarbeitung an. Prominente ANC-Politiker sehen sich Bestechungsvorwürfen ausgesetzt,

darunter auch der frühere Staatspräsident Mbeki. Zumas Verfahren soll im August 2009 wieder aufgenommen werden, wengleich offen ist, ob die Justiz wirklich gegen den amtierenden Präsidenten vorgehen wird.

Der Autodidakt Zuma hat keine formelle Schule besucht; beim Thema HIV/Aids zeigte er sich chauvinistisch und uninformiert zugleich. Externe Beobachter fürchten, dass es unter Zuma zu einer Politik der Zerstörung kommen könne, wie sie unter Robert Mugabe in Simbabwe verfolgt wurde. Hierfür spricht, dass Zuma bei linken und militanten ANC-Anhängern populär ist. Mit Besorgnis wurde auch registriert, dass 2007 der SACP-Vorsitzende Gwede Mantashe in Personalunion zum ANC-Generalsekretär gewählt wurde.

Externe Beobachter fürchten, dass es unter Zuma zu einer Politik der Zerstörung kommen könne, wie sie unter Robert Mugabe in Simbabwe verfolgt wurde.

Der neue Staatspräsident wird unter erheblichem Erwartungsdruck der arbeits- und perspektivlosen Mehrheit der schwarzen Bevölkerung stehen. Möglicherweise lässt er sich zu populistischen Geschenken und zur Stimmungsmache gegen Sündenböcke wie afrikanische Zuwanderer bzw. gegen weiße und asiatische Staatsbürger verleiten. Viele Zuma-Anhänger hoffen auf revolutionäre Umverteilung, wenn ihr Idol zum Präsidenten gewählt wird. In den Townships machte der Mob 2008 mit Zumas Lieblingslied aus dem Befreiungskampf „Bring mir mein Maschinengewehr“ Jagd auf ausländische Schwarze. Wird der Zuma-Faktor die Tendenz zu Chaos und Anarchie verstärken?

PERSPEKTIVEN FÜR EINE STABILISIERUNG

Doch könnte gerade Zuma – bei allem angebrachten Misstrauen gegenüber seiner Person – auch positive Impulse setzen. Dies um so mehr, als ihm rassische Ressentiments gegenüber den weißen Südafrikanern fremd sind, anders als dem vom jahrzehntelangen britischen Exil geprägten Mbeki, der mit einem dezidiert afronationalistischen Kurs zu punkten suchte. Zuma ist zudem nicht ideologisch festgelegt und könnte die verschiedenen ANC-Flügel (Sozialisten, Marktwirtschaftler, Afronationalisten, Traditionalisten) besser ausbalancieren. Er pflegt gute Kontakte zu Unternehmern und gilt als gewiefter pragmatischer Politiker. Demonstrativ bekannte er sich zu einer disziplinierten Wirtschaftspolitik.

Mit Unterstützung von moralischen Autoritäten wie Nelson Mandela und Desmond Tutu muss die neue südafrikanische Regierung die Wiedergewinnung von Werten propagieren und mit Nachdruck einfordern: Fleiß, Disziplin, Pflichtbewusstsein, Achtung vor Leben und Eigentum, Gemeinschaftsgeist. Gerade unter einfachen schwarzen Südafrikanern würde ein solcher Kurs Gefolgschaft finden. Viele von ihnen sind wertkonservativ eingestellt und bekennende Christen. Tagtäglich leiden sie an vorderster Front unter Kriminalität und Gesetzlosigkeit und warten auf politische Führer, die Sicherheit und Ordnung wiederherstellen.

Eine zentrale Aufgabe wird sein, die nach 1994 hinausgedrängten weißen Staatsdiener im Interesse von Stabilität und Funktionalität zurückzuholen.

Eine zentrale Aufgabe wird außerdem sein, die nach 1994 hinausgedrängten weißen Staatsdiener im Interesse von Stabilität und Funktionalität zurückzuholen. Ähnliches geschieht bekanntlich im Irak. Auch müssen emigrierte

Fachkräfte zur Rückkehr motiviert werden. Man schätzt, dass zwischen 1994 und 2005 etwa 840 000 Weiße das Land verlassen haben, aber auch viele qualifizierte schwarze Südafrikaner. Fachkräftemangel ist heute ein erstrangiges Problem in Staatsdienst und Wirtschaft. Sinkende Standards infolge Abwanderung qualifizierter Experten machen beispielsweise der nationalen Fluglinie South African Airways (SAA) zu schaffen. Im Jahr 2008 drohte ihr die US Federal Aviation Authority mit dem Entzug der Landrechte, sollte sie die Probleme nicht in den Griff bekommen.¹¹

Zuma und seine Mitstreiter umwerben inzwischen dezidiert die afrikaanssprachige Minderheit. So äußerte Motlanthe im September 2008 in der einstigen afrikaansen Eliteuniversität Stellenbosch, dass diese Bevölkerungsgruppe in den Bereichen Dienstleistungen, Wirtschaftswachstum und Sicherheit eine wichtige Rolle spielen müsse. Motlanthe hatte außerdem im August angedeutet, dass man unter bestimmten Voraussetzungen die Politik der *affirmative action* auslaufen lassen könne – eine im Zuma-Lager freilich umstrittene Idee.¹² Jacob Zuma traf sich mit Vertretern der afrikaanssprachigen Eli-

11 | „Union voices concern over skills shortage at SAA“. Mail & Guardian Online, Johannesburg 20.8.2008. Internet-Dokument: http://sareporter.com/index.php?option=com_content&task=view&id=59&Itemid=61 (Zugriff 10.3.2009)

12 | Donwald Pressly: „Motlanthe moots sunset clause“. Business Report, Johannesburg 22.8.2008. Internet-Dokument: <http://www.busrep.co.za/index.php?fSectionId=566&fArticleId=4571189> (Zugriff 10.3.2009)

te, besuchte aber auch Elendsviertel verarmter Weißer oder Tatorte brutaler Farmmorde und lässt Verständnis für die Sorgen dieser Bevölkerungsgruppe erkennen. Auch die neue Oppositionskraft COPE umwirbt die Minderheiten und setzt sich für eine stärkere Beachtung des Leistungsprinzips bei der Vergabe von Stellen ein.

Die durch *affirmative action* und kulturelle Marginalisierung entfremdeten weißen Afrikaner werden diesem Ruf nur Folge leisten, wenn ihr Existenzrecht als Volksgemeinschaft und ihre sprachlich-kulturellen Rechte auf territorialer Basis machtpolitisch abgesichert werden, z.B. im Rahmen eines Autonomiestatuts wie in Südtirol oder international garantierter Selbstverwaltungsrechte wie im Kosovo. Solche Lösungen lässt der Verfassungsartikel 235 zu, der im April 1994 zwischen dem ANC, der damaligen Regierung und afrikaanssprachigen Weißen ausgehandelt, aber unter den Staatspräsidenten Mandela und Mbeki nicht umgesetzt wurde. Bei den damaligen Verhandlungen hatte just jener Jacob Zuma eine wesentliche Rolle gespielt und die Sorgen der afrikaanssprachigen Weißen besser als alle anderen ANC-Funktionäre verstanden. Und das Abkommen war auf Vermittlung jenes Princeton Nathan Lyman zustande gekommen, der damals als US-Botschafter so besorgt über die Stabilität Südafrikas war, wie er es heute wieder ist. So bietet der Umbruch die Chance, bislang Versäumtes nachzuholen. Die Alternative wäre die fortschreitende Erosion des wichtigsten Ankerstaates in Subsahara-Afrika.